

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der englische Großkampf.

Ultimatum der Regierung. — Alle Verhandlungen abgebrochen.

London, 3. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der englische Ministerpräsident Baldwin verhandelte in Gegenwart des gesamten Ministerrats am Sonntagabend nochmals mit dem Generalkrat der Gewerkschaften. An diesen Verhandlungen nahmen später auch auf Wunsch einzelner Minister das Exekutivkomitee des Bergarbeiterverbandes teil. Die Besprechung dauerte bis 1 Uhr nachts und wurde dann ergebnislos abgebrochen, weil die Regierung einen Verzicht auf die Generalstreikparole von den Bergarbeitern fordert, ehe sie in den Lauf der Dinge praktisch eingreift. Damit scheint der Beginn des Generalstreiks am heutigen Abend fast unvermeidlich.

In einem Manifest, das nachts nach den Verhandlungen des Generalkrats mit der Regierung veröffentlicht wurde, wird die Entwicklung der Lage nochmals in ihren Einzelheiten geschildert und darin erwähnt, daß immer noch die Möglichkeit zu einer Einigung bestehe, wenn die Regierung die Forderung, von vorherein einer Lohnföhrung zuzustimmen, zurückziehe und dafür Sorge trage, daß die Aussperrung der Bergarbeiter aufgehoben werde.

„Daily Mail“ kann am Dienstag nicht erscheinen, da die Seher und das übrige Personal sich geweigert hat, einen die Wilson der Gewerkschaften in maßloser Weise angreifenden Artikel erscheinen zu lassen.

Kampfmassnahmen der Regierung.

London, 3. Mai. (W.T.B.) Kurz vor Mitternacht gab der Minister des Innern eine Mitteilung aus, in der erklärt wird: England müsse sich auf den Generalstreik gefaßt machen. Die Regierung unternehme alle Schritte, um die Versorgung mit Lebensmitteln, Brennstoffen und Beleuchtung aufrechtzuerhalten und werde für den Schutz aller in diesen Industriezweigen Beschäftigten sorgen. Rekrutierungsämter für freiwillige Helfer würden eröffnet werden. Alle lokale Bürger würden aufgefordert, sich bereitzuhalten, um der Regierung Beistand zu leisten. Weitere Bekanntmachungen werden für den heutigen Tag angekündigt.

Auf der Sitzung des Vollzugsausschusses der Parlamentsmitglieder der Arbeiterpartei wurde gestern abend beschlossen, daß heute eine Debatte über die Krise verlangt werden soll, wenn bis zum Augenblick des Zusammentritts des Parlaments keine Regelung erfolgt ist.

Der Generalkrat des Gewerkschaftskongresses sandte heute früh eine Antwort an den Ministerpräsidenten, in der er sich beklagt, daß seine aufrichtige Bemühung, eine ehrenhafte Regelung zu erreichen, „durch das unerhörte Ultimatum der Regierung“ zunichte gemacht worden ist. Offiziell wurde erklärt, daß die Verhandlungen zu Ende seien.

Baldwins Ultimatum.

London, 3. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Amtlich wird mitgeteilt, daß das Scheitern der Verhandlungen über den Kohlenkonflikt durch folgenden Brief des Premierministers Baldwin an den Vorsitzenden des Gewerkschaftskongresses Arthur Pugh bekannt gegeben wurde:

„Die Regierung Seiner Majestät ist der Ansicht, daß keine Lösung der Schwierigkeiten in der Kohlenindustrie, die für alle Beteiligten zugleich durchführbar und ehrenvoll wäre, gefunden werden kann, es sei denn durch eine aufrichtige Annahme des Kommissionsberichts. In dem Ausdruck „Annahme des Berichtes“ sind sowohl die Reorganisation der Kohlenindustrie, die sofort in Angriff genommen werden müßte, enthalten, wie auch die noch später zu erwartenden Ergebnisse dieser Reorganisation, die einzuwirken durch eine vorübergehende Angleichung der Löhne und der Arbeitszeit zu erreichen wären, um in der Zwischenzeit eine wirtschaftliche Fortführung dieser Industrie zu ermöglichen.“

Wenn die Vertreter der Bergarbeitergewerkschaften bereit gewesen wären, klipp und klar zu erklären, daß sie diesen Vorschlag annehmen, so würde die Regierung bereit gewesen sein, die Verhandlungen zum Abschluß zu bringen und für weitere zwei Wochen die Zuschüsse fortzusetzen. Aber seit den Unterredungen, die zwischen den Ministern und den Vertretern der Gewerkschaften stattgefunden haben, hat die Regierung erfahren, daß nicht nur bestimmte Instruktionen — die von den Vertretern des Generalkrats der Gewerkschaften ausgehen — im Sinne der Proklamierung des Generalstreiks auch für die lebenswichtigsten Industrien und Betriebe ergangen sind, sondern daß darüber hinaus schon bestimmte Handlungen in dieser Richtung vorgenommen wurden, namentlich ein grober Eingriff in das Gebiet der Pressefreiheit.

Ein solches Unternehmen enthält eine Kampfanzeige an die verfassungsmäßigen Rechte und an die Freiheit der Nation. Aus diesem Grunde muß die Regierung Seiner Majestät, bevor sie die Verhandlungen wieder aufnehmen kann, von den Gewerkschaften sowohl eine Verurteilung der

erwähnten Handlungen, die bereits stattgefunden haben, wie auch eine sofortige und bedingungslose Zurückziehung der Generalstreikparole verlangen.“

Diese letzten Worte beziehen sich, wie der amtliche englische Funkdienst hinzufügt, auf die in der vergangenen Nacht erfolgte Arbeitsniederlegung durch die Buchdrucker der „Daily Mail“ als Protest gegen einige Stellen eines Leitartikels, der heute früh in diesem Blatt erscheinen sollte und den sich der Chefredakteur zu ändern weigerte. Infolgedessen konnte der „Daily Mail“ heute früh in London nicht erscheinen, dagegen ist die in Manchester gedruckte Ausgabe des Blattes erschienen.

Die Antwort des Generalkrats.

London, 3. Mai. (W.T.B.) Die Antwort des Generalkrats des Gewerkschaftskongresses auf die Entscheidung der Regierung beklagt, es sei nichts Ungewöhnliches, daß Arbeiter in Verteidigung ihrer Interessen als Lohnempfänger die Arbeit einstellen. Der besondere Zweck des dahingehenden Beschlusses im gegenwärtigen Fall sei, den Arbeitern das gleiche Recht zu sichern wie den Unternehmern, nämlich, daß die Verhandlungen außerhalb der Atmosphäre des Streiks oder der Aussperrung geführt werden. Was einen „schweren Eingriff in die Freiheit der Presse“ angeht, so habe der Generalkrat keine Kenntnis davon und könne dafür keine Verantwortung übernehmen. Er ergreife wirksame Maßnahmen, um irgendwelche disziplinwidrigen Handlungen zu verhindern. Der Rat bedauere, daß ihm keine Gelegenheit gegeben worden sei, die angeblichen Zwischenfälle zu untersuchen und sich dazu zu äußern, bevor die Regierung sie zum Vorwande nahm, um die Einigungsverhandlungen abzubrechen. Die Öffentlichkeit werde die wahren Absichten der Regierung nach dem überstürzten und beklagenswerten Beschluß in dieser Sache beurteilen und werde es mit dem Generalkrat beklagen, daß seine aufrichtigen Bemühungen um eine ehrenhafte Regelung durch das unerhörte Ultimatum der Regierung zunichte gemacht wurden.

Londoner Pressestimmen.

London, 3. Mai. (W.T.B.) In Leitartikeln und spaltenlangen Berichten besaßen sich die Blätter mit dem drohenden Generalstreik. Die letzten Ereignisse, das Ultimatum der Regierung und der Abbruch der Verhandlungen konnten nur von einigen Blättern noch unter den letzten Nachrichten erwähnt werden. Die liberalen Blätter kritisieren die Haltung der Regierung durchweg abfällig. Lloyd Georges Blatt „Daily Chronicle“ sagt, wenn die Katastrophe eintrete, müsse natürlich jeder Bürger bei der Aufrechterhaltung der Ordnung mitwirken. Das brauche aber nicht über die Tatsache hinwegzuzuschauen, daß der verhängnisvolle Konflikt nicht ausgebrochen wäre, wenn die Regierung rechtzeitig und entschieden eingegriffen hätte, statt eine zweideutige Haltung einzunehmen.

Die radikale „Daily News“ erhebt Einspruch gegen den Versuch, die industrielle Krise als eine revolutionäre Bewegung hinzustellen. Was die Regierung betreffe, so habe sich Bald-

win erst am letzten Mittwoch, zwei Monate nach dem Bericht der Kohlenkommission auf Verhandlungen eingelassen. Das einzige, was die Regierung wirklich getan habe, sei gewesen, sorgfältige Vorsichtsmaßnahmen für den Fall eines Streiks zu treffen, statt ihn zu verhindern.

Auch die liberale „Westminster Gazette“ macht Baldwin Unsicherheit und Unklarheit zum Vorwurf.

Das Arbeiterblatt „Daily Herald“ erklärt, Baldwin habe sich zum Werkzeug der Schwerindustrie gemacht, und ermahnt die Arbeiter zur Einigkeit, zu Vertrauen zu ihren Führern und Vorsicht gegenüber Spionen.

„Daily Express“ sagt, wenn die organisierte Arbeiterchaft es auf eine Kraftprobe ankommen lasse, könne der Ausgang nicht zweifelhaft sein. Ein Generalstreik werde schlagend sein.

„Daily Telegraph“ mißt dem Generalkrat des Gewerkschaftskongresses die Schuld an der unglücklichen Wendung der Dinge bei und spricht von dem politischen Charakter, den ein industrieller Konflikt erhalten habe.

Situationsbericht der Regierung.

London, 3. Mai. (Reuters.) Bisher ist es nirgends zu Störungen der öffentlichen Ordnung gekommen. Mit Ausnahme der einen Million Bergarbeiter gehen alle friedlich ihrer Beschäftigung nach. Das plötzliche Scheitern der Vermittlungsversuche hat im Lande große Enttäuschung hervorgerufen. Von dem Generalstreik wurden 1 1/2 Millionen Arbeiter des Transportgewerbes und der damit zusammenhängenden Betriebe betroffen. Die Behörden sind damit beschäftigt, die den außergewöhnlichen Umständen angemessenen Maßnahmen und Vorkehrungen zu treffen. Tausende von freiwilligen Arbeitern sind bereits angeworben und die Rekrutierung weiterer Hilfskräfte ist im Gange.

Der englische Bergbau.

Der englische Riesenkampf, der schon durch seine Ausdehnung ein Ereignis von gar nicht abzuschätzender Tragweite ist, wird durch den Umstand gekennzeichnet, daß die Unternehmer ihn provozieren, weil sie den Rückstand, in den Europa durch den Krieg geraten ist, durch die Vereindung der Arbeiterschaft wettzumachen suchen. Wenn zu Beginn des kapitalistischen Maschinenzeitalters die Arbeiter oft ihrer Wut durch Zerstörung der Maschinen Luft machten, so erinnert das Vorgehen der Unternehmer Europas gegenwärtig an dieses primitive Mittel geistig rückständiger. Die Unternehmer wollen die immer wieder veräuferte Modernisierung der Betriebe noch mehr hinausschieben, gegen den amerikanischen Maschinenismus ankämpfen, indem sie die Arbeiter länger arbeiten lassen und niedriger entlohnen.

Dieses Kapitel ist uns auch in Deutschland reichlich bekannt. Wie es aber besonders im englischen Bergbau, der im Zentrum des großen Kampfes steht, im Vergleich zum deutschen Bergbau aussieht, dafür bietet ein jüngst veröffentlichter Bericht englischer Bergarbeiter einen interessanten Einblick. Vor einigen Wochen hat die englische Zeitung „Daily Mail“ acht Bergarbeiter nach Deutschland auf eine Studienreise

Das Bodenreformgesetz.

Beratung im Reichstag. — Beschluß des Aktionsausschusses.

Im Reichstag steht am Dienstag der Bericht des 11. Ausschusses (Wohnungswesen) über den Antrag der Abgg. Brodauf, Koch-Weser u. Gen. betr. Vorlegung eines Bodenreformgesetzes zur Beratung. Berichterstatter ist der Abg. Silberschmidt.

Es handelt sich um ein Gesetz, das von großer Bedeutung für die deutsche Volkswirtschaft überhaupt, insbesondere aber für unsere Sozialpolitik ist, um ein Gesetz, das den weitesten Rahmen für unsere gesamte Boden-, Siedlungs- und Wohnungspolitik bildet, und eine großzügige Lösung der Wohnungsfrage ermöglichen soll. Das Aktionskomitee für Boden-, Siedlungs- und Wohnungspolitik richtet einen dringenden Appell an den Reichsarbeitsminister. Durch den Obmann des Aktionskomitees ist heute dem Reichsarbeitsminister der nachstehende, einstimmig gefaßte Beschluß des Aktionskomitees übermittelt worden:

„Das Aktionskomitee für Boden-, Siedlungs- und Wohnungspolitik beschließt, der Reichsregierung mitzuteilen, daß das Aktionskomitee von ihr die baldige Einbringung des Bodenreformgesetzes erwartet, und daß die baldige Einbringung des Bodenreformgesetzes erwartet, und daß die baldige Einbringung des Bodenreformgesetzes erwartet, und daß die baldige Einbringung des Bodenreformgesetzes erwartet.“

Der Beschluß trägt folgende Unterschriften: Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (Seipart), Deutscher Gewerkschaftsbund (Bernard Ditt, Dr. Brünning), Verband der weiblichen Handels- und Bureauangestellten (Dr. Frieda Bläß), Soziale Kommission der Deutschen Gewerksvereine H. D. (Alfred Lange), Allgemeiner irischer Angestelltenbund (Aufhäuser),

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund (Dr. Böller), Deutscher Beamtenbund (Kemmers), Deutsche Wohnungsfürsorge A.-G. für Beamte, Angestellte und Arbeiter (Dr.-Ing. Wagner), Heimstättenamt der Deutschen Beamtenchaft E. B. (Johannes Lubahn), Arbeitsgemeinschaft der Fachgewerkschaften (Dr. Beume), Reichsverband der Kleingartenvereine Deutschlands (Förster), Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen (Stadsholt), Gemeinnützige Reichsbund-Kriegerfriedung G. m. b. H. (Marote, Pfändner), Märkische Scholle (Schludobier), Deutsches Heim (Schadewald), Reichsbund Deutscher Mieter (Fritz Dzierg), Bund Deutscher Mietervereine, Geschäftsstelle Berlin (Strampe), Gruppe Nord, Gemeinnützige Siedlungs-G. m. b. H. (Siebenhaar), Bund Deutscher Bodenreformer (Victor Road).

Hinter dem Beschluß des Aktionskomitees stehen also die Vertreter von Millionen deutscher Arbeitnehmer. Der Ständige Beirat für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium hat in seiner Sitzung vom 22. März 1926 seinen ersten Entwurf für das Bodenreformgesetz von 1920 nicht unwesentlich geändert. Der Wortlaut des revidierten Entwurfes, der vom Ständigen Beirat einstimmig angenommen worden ist, ist durch den Reichsarbeitsminister bereits den Landesregierungen zur Begutachtung zugesandt worden. Ein Zeichen, daß die Regierung selbst überzeugt ist davon, daß das Bodenreformgesetz kommen muß, und daß sie willens ist, dieser Notwendigkeit Rechnung zu tragen. Nunmehr kommt alles darauf an, daß der Reichstag der Regierung die Möglichkeit gibt, das Gesetz zu verabschieden.

gesandt, um von ihnen ein Urteil über die Verschiedenheiten beider Länder zu erhalten. Das Blatt wollte seinen Lesern und der Öffentlichkeit zeigen, wie noch im Arbeitsverhältnis stehende Bergarbeiter über den deutschen Bergbau urteilen. Der Bericht ist jetzt erschienen. Er wird ohne Zweifel sehr stark die Beurteilung deutscher Bergwerkverhältnisse in England beeinflussen, einmal, weil man drüben auf das Urteil von im Arbeitsverhältnis stehenden Gutachtern großen Wert legt, zum andern, weil der Bericht auch tatsächlich die Wirklichkeit ziemlich richtig schildert. Daher werden ernsthaftige Widersprüche gegen den Bericht wohl kaum erhoben werden.

Im ersten Teil des Berichtes wird über die Unterschiede, bedingt durch die natürlichen geologischen Verhältnisse, gesprochen. Es wird ausgeführt, daß Vergleiche darüber, in welchem der beiden Länder die beste Abbaumethode angewandt würde, nahezu unmöglich sind, weil die Verhältnisse grundverschieden sind. Methoden von großer Leistungsfähigkeit in dem einen Land sind in dem anderen unwirksam. So sind an der Ruhr die Flöze mehr oder weniger stark geneigt, so daß schon aus diesem Grunde ganz andere Abbaumethoden angewandt werden müssen, als in England mit seinen flachen Flözen. Die Schwerkraft kann in Deutschland erheblich mehr zu Verrichtungen herangezogen werden, zu denen in England Pferde und maschinelle Kräfte verwandt werden müssen. In Oberschlesien sind die Flöze so dick, daß ein Vergleich mit England überhaupt nicht gezogen werden kann. Ebenso sind die Festigkeitsverhältnisse der Kohle überall so verschieden, daß eine Schlussfolgerung, welche Arbeitsmethode allgemein am besten sei, nicht zu ziehen ist. Trotz der unzähligen Unterschiede sind jedoch die englischen Bergarbeiter überzeugt davon, daß in Deutschland die Verwendung von Maschinen im Bergbau in erheblich höherem Maße erfolgt als in England.

Die höchstmögliche Verwendung von Maschinen und die geringste an menschlicher Arbeitskraft sind ihrer Meinung nach in Deutschland mit Entschiedenheit verfolgte Ziele der Unternehmer. Damit wollen sie nicht sagen, daß in England die Maschinen unbekannt sind, aber man muß in England einen ganzen Bezirk besuchen, um dort soviel verschiedene Maschinen zu finden, wie sie in Deutschland auf einer Grube zu finden sind.

Die größten Unterschiede in England zeigen jedoch die Tagesanlagen der Werke. Die Anordnung der Tagesanlagen sowie ihre Ausführung ist in Deutschland erheblich besser als in England. Man hat bei ihrem Bau nicht nur die Leistungsfähigkeit berücksichtigt, sondern auch ästhetische Gesichtspunkte miteinbezogen. Die Maschinenhäuser und Lohnbureaus sind im Vergleich zu den englischen Werkstätten als Paläste anzusprechen. Besonders werden die Wasserräder erwähnt, die man im Gegensatz zu England überall findet.

Der zweite Teil des Berichtes, der sich mit wirtschaftlichen und Arbeiterfragen befaßt, ist wesentlich interessanter. Zuerst wird auf die großen Kosten der statischen Tagesanlagen hingewiesen. Die Möglichkeit, diese großen Kosten aufzubringen, erklären sie damit, daß in Deutschland im Gegensatz zu England das „Grouping-System“ zu finden ist. Diese Bezeichnung spielt gegenwärtig in England eine große Rolle, da dieses System in dem Bericht der Kohlenkommission sehr warm empfohlen wird. In dem Bericht der Bergarbeiter wird in diesem Zusammenhang ausgeführt:

„Wo wir in England ein halbes Duzend Gruben mit eigenen Tagesanlagen haben, ist in Deutschland ein großes Werk vorhanden, welches ein großes Grubenfeld abbaut. Hierdurch wird nicht nur die Ausbringung großer Kapitalien für die Tagesanlagen ermöglicht, sondern es wird auch die Leistungsfähigkeit der Anlage erheblich verbessert. Auf diesen großen Anlagen findet man Werkstätten, in denen fast alle im Grubenbetrieb notwendigen Gegenstände hergestellt werden. Diese Konzentration hat den Vorteil, daß ein Ausgleich zwischen den rentablen und unrentablen Betriebsstellen stattfindet. Hierdurch wird eine regelmäßiger Beschäftigung ermöglicht. Weiter ist die Ausnutzung der Wäscherei, Rätterei und der Nebenproduktanlagen eine bessere.“

Das Urteil über die Höhe des Verdienstes geht dahin, daß es den Anschein hat, als ob die englischen Bergarbeiter mehr verdienen als die deutschen. Wörtlich wird gesagt: „Selt es wie es soll! Offenbar

ist eine große Armut unter den Bergarbeitern, die sich aus der Statistik nicht beweisen läßt, aber sie geht aus Kleidung, Wohnung und dem Aussehen, vor allem dem der Kinder, auf das deutlichste hervor.“ Von der Arbeitslosigkeit sagen sie, daß sie in Deutschland genau so groß sei wie in England.

Bezüglich der in England an den Bergbau gezahlten Unterstützung berichten sie, daß sie von den deutschen Bergarbeitern erfahren haben, daß auch diese die Unterstützung auf das entschiedenste verurteilen. Begründet habe man es damit, daß durch die Unterstützung die gesamten Weltmarktpreise gesenkt würden. Die Berichterstatter betonen, daß diese Ausführungen für sie besonders interessant gewesen seien, weil man ihnen in England stets erzählt habe, man müsse die Unterstützung der deutschen Konkurrenz wegen einführen. Sie schreiben, je mehr man mit den deutschen Bergarbeitern spricht, um so mehr fühle man, wie eng die Bergarbeiter beider Länder miteinander verknüpft seien. Das deutsche Problem sei das englische und umgekehrt. In Deutschland finde man genau die gleichen Auseinandersetzungen über Löhne, Arbeitszeit und Sozialversicherung (Rationalisierung). Es wird abgelehnt, zu dem letzten Punkte etwas zu sagen, aber bei einem Besuch in Oberschlesien hätten sie gefunden, daß die dortigen Staatsgruben genau so gut geführt und leistungsfähig seien wie ein gutes Privatwerk. Am Schluß des Berichtes heißt es dann:

„Eines ist uns klar geworden. Technische Verbesserungen können das Bergbauproblem nicht lösen. Das Problem hat nicht nur eine technische, sondern auch eine menschliche Seite. Solange es nicht gelingt ein technisches System zu finden, bei dem die Interessen der Arbeiter genügend gewahrt werden, ist wenig Hoffnung auf Frieden im Bergbau vorhanden. Wir fürchten sogar, daß technische Verbesserungen des öfteren das Gegenteil erreichen.“

Selbst die von dem nationalistischen Unternehmerblatt ausgehenden Bergarbeiter haben mit richtigem Instinkt die tiefe Verbundenheit der englischen und der deutschen Arbeiter festgestellt. Diese Verbundenheit steigert unsere Anteilnahme an dem englischen Nierenkampf.

Ermäßigung der Börsensteuern. Ein Geschenk an die Banken.

Unsere Mitteilung über die Absicht des Reichsfinanzministers Dr. Reinhold, die Börsenumsatzsteuer zu ermäßigen, ist durch die inzwischen erschienene Verordnung bestätigt worden. Danach wird die Steuer für die Händlergeschäfte von 1 von Tausend auf 0,75 von Tausend, für die übrigen Geschäfte von 3 von Tausend auf 1,5 von Tausend ermäßigt. Bei den Händlergeschäften beträgt also die Ermäßigung ein Viertel, bei den übrigen Geschäften die Hälfte des bisherigen Satzes. Beide Ermäßigungen beziehen sich nur auf die Umsätze mit Aktien usw., nicht aber für festverzinsliche Werte. Bei ihnen bleiben die Steuersätze unverändert. Die Absicht also, lediglich eine Erleichterung für den Börsenverkehr in Aktien zu schaffen, tritt in dieser Maßnahme ganz deutlich hervor.

Die amtliche Begründung versucht der Maßnahme die Wirkung zuzuschreiben, die Beförderung des gesamten Wirtschaftslebens herbeizuführen. Sie bestreitet also, daß sie lediglich einen Privatvorteil für die Börsenteilhaber darstellt. Wir vermögen diese Auffassung nicht zu teilen. Der Umsatz an der Börse hängt in erster Linie von der allgemeinen Lage am Kapitalmarkt und erst in letzter Linie von der Höhe der Steuern auf den Börsenverkehr ab. Die letzten Monate haben dafür eine erdrückende Fülle von Beweisen gebracht. Obwohl im vergangenen Jahre die Börsensteuern verschiedentlich ermäßigt wurden, ist der Börsenverkehr immer geringer geworden. Dagegen ist in den ersten Monaten dieses Jahres ein sehr lebhafter Börsenverkehr eingetreten, weil der Kapitalmarkt sich günstiger gestaltet hatte, trotzdem die Börsensteuern unverändert geblieben waren.

Die Sozialdemokratie hält sich in keiner Weise durch die vorzeitige Maßnahme des Reichsfinanzministers Dr. Reinhold für gebunden. Sie ist ihr im Gegenteil eine erneute Bestätigung ihres immer vertre-

tenen Standpunktes, daß solche Ermäßigungen zu selbständigem Handeln ohne den Reichstag leicht mißbraucht werden und in einer Zeit stabiler Verhältnisse überflüssig sind. Zugleich wollen wir aber keinen Zweifel daran lassen, daß ein Reichsfinanzminister, der dem Parlament Vorschläge macht, weil es Ausgaben erhöhe, sich selbst desavouiert, wenn er gleichzeitig Steuern ermäßigt und so das Gleichgewicht im Etat gefährdet. Herr Dr. Reinhold sollte sich auch nicht darüber wundern, daß der schon früher von der Rechtsopposition erhobene Vorwurf, er lasse sich bei seiner Tätigkeit als Reichsfinanzminister von seiner parteipolitischen Stellungnahme leiten, durch seine neueste Verfügung neue Nahrung erhält.

Wir bedauern das Vorgehen des Reichsfinanzministers aber auch deswegen, weil es einen Verzicht bedeutet auf die Verminderung der Zinsspanne der Banken. Noch immer ist der Unterschied zwischen den Zinsen für Einlagen und den Krediten 6-7 Proz. Die Banken weigern sich beharrlich, diese Zinsspanne zu vermindern. Das Reich hätte die Möglichkeit gehabt, sie dazu zu zwingen und den von allen Kreisen des Volkes verlangten Zinsabbau durchzuführen. Die von den Banken beschlossene Herabsetzung der Effektenprovisionen ist als Gegenleistung für die Steuerermäßigung um so weniger anzusprechen, als sie ebenfalls nur der Börse zugute kommt, während der Steuerausfall von der Allgemeinheit getragen wird.

Liebknechtfeier in Siegen. Stadt und Universität bleiben fern!

Siegen, 3. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Sozialdemokratische Partei von Siegen beging gestern im Anschluß an den Montag eine hundertjahr-Gedenkfeier für Wilhelm Liebknecht. In der Kirchstraße, wo Liebknecht geboren ist, und an dem Lokal von Ritter, wo er verhaftet hat, wurden Gedenktafeln enthüllt, wobei Staatspräsident Genosse Ulrich und Genosse Dr. Quard Ansprachen hielten. Der Parteivorstand sowie die hessischen und badischen Landesvorstände hatten Vertretungen entsandt. Von der Familie Liebknechts war Justizrat Rich. Wolf, der Schwager Wilhelm Liebknechts, anwesend.

Auch die Stadtverwaltung und die Universität waren eingeladen. Die erste gab überhaupt keine Antwort, die zweite hatte eine Vertretung zugesagt, aber dann wieder abgelaßt, weil die Feier einen „zu politischen Charakter“ trage. Die Feststimmung wurde dadurch nicht beeinträchtigt. Nach der Enthüllung der Tafeln begab sich ein Zug von vielen Tausenden nach der Liebknechtstraße, wo als Vertreter des Parteivorstandes Genosse Stampfer die Gedenkrede hielt.

Das Verhalten der Stadt und der Universität bildet in ihrer Geschichte kein Ruhmesblatt.

Die Maisfeier in Bukarest.

Das sozialdemokratische Zentralorgan beschlagnahmt.

Bukarest, 1. Mai. (Eigener Drahtbericht. — Verspätet eingetroffen.) Die Arbeiterschaft herrschte in der ganzen Stadt. Schon morgens kamen größere Arbeitergruppen an den Zentralort der Anstaderamer Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei, wo sie sich versammelten. Der Anordnung des Militärkommandos von Bukarest gemäß wurden keine Reden gehalten. Jedoch wurden Arbeiterlieder gesungen.

Bereits, da gemeinsame Züge verboten waren, gingen die Genossen dann nach Baracu, wo die Feier begangen wurde. An der Veranstaltung nahmen circa 20000 Arbeiter teil. Nach dem Abgange der Internationale zerstreuten sich spät abends die Massen.

Die Feier wurde dadurch gedrückt, daß das sozialdemokratische Zentralorgan, der „Socialistul“, von der Militärbehörde beschlagnahmt wurde.

In den deutsch-polnischen Liquidationsverhandlungen forderte die deutsche Regierung die polnische auf, sich mit der völligen Aufhebung der Liquidationen „im Interesse des künftigen Verhältnisses beider Länder“ einverstanden zu erklären.

Kunstschätze und Fürstenenteignung.

Von Prof. Dr. Hermann Schmih.

In den Auseinandersetzungen der deutschen Länder mit den früheren Fürsten spielen die Kunstschöpfungen der ehemaligen Landesherren, ihre Schlösser und Parks und alten Kunstsammlungen, eine große Rolle. Sie sind nach der Staatsumwälzung in der Hauptsache von den neuen Regierungen in Besitz genommen und der Allgemeinheit zugänglich gemacht worden. Während in den meisten Bundesstaaten, namentlich in den süddeutschen und in Sachsen, die Ueberführung der fürstlichen Kunstgüter in den öffentlichen Besitz ohne Reibung auf Grund gütlicher Vereinbarungen vollzogen werden konnte, ergeben sich in anderen, vornehmlich in Preußen und Thüringen, dadurch Schwierigkeiten, daß von fürstlicher Seite Teile des Kunstbesitzes beansprucht werden, die von besonderer Bedeutung für die Kultur des Landes sind. Ganz allgemein herrscht in diesen Fällen bei den Fürstenvertretern die Meinung, deren Kunstbesitz, ihre Schlösser mit Zubehör usw. als angeblich unbefristetes Eigentum gewissermaßen den Ländern in Rechnung zu stellen, um dadurch die Abfindung für die Fürsten günstiger zu gestalten.

Es liegt aber im Interesse der Allgemeinheit, klarzulegen, warum solche Gegenrechnung nicht möglich ist und aus welchem Grunde der Staat berechtigt ist, die älteren Kunstschöpfungen der Fürsten von Hause aus als ihm zugehörig zu betrachten. Die bedeutendsten Schlösser, Kunstschätze und Parks sind von den Fürsten in der Epoche des Absolutismus geschaffen worden, als der Begriff des Fürsten jäh vollständig mit dem des Staates deckte und der Fürst in seiner Person nicht nur die finanziellen und staatlichen, sondern auch die geistigen und künstlerischen Kräfte des Landes vereinigte. So sind die Kunstschöpfungen damals nicht nur unter der finanziellen, sondern auch unter der tätigen Mitwirkung des Volkes entstanden. Wie der Fürst die Geldmittel aus Quellen entnahm, deren privater oder öffentlicher Ursprung nach heutigen Begriffen nicht zu bestimmen ist, so bemühte er Steinbrüche, Lehm- und Sandgruben, Kalkwerke und Forsten, die staatliches Eigentum waren, zur Beschaffung der Baumstoffe. Selbst die Fron- und Handspanndienste der Bauern beruhten noch auf öffentlichen Rechten. Das ganze Land fand gleichsam in diesem durch und für seine Spitze geschaffenen Werke — entsprechend den damaligen Zeitauffassungen — den Ausdruck seiner schöpferischen Kraft, und daher hat z. B. die französische Republik ohne weiteres den gesamten Kunstbesitz der ehemaligen Könige übernommen und blüht auf die Schöpfungen Ludwigs XIV. und seiner Nachfolger als auf die glänzendsten Zeugnisse der künstlerischen und handwerklichen Begabung des französischen Volkes. In gleicher Weise ist man ja auch in Sowjetrußland verfahren.

Erst seit 1848 ist bei uns eine endgültige Scheidung der staatlichen und fürstlichen Vermögensverwaltungen eingetreten. Aber bezüglich der Schlösser, Parks und Kunstwerke kann auch diese Scheidung keineswegs als bindend für die heutigen Verhältnisse angesehen werden. Auch damals bestand ja noch die Voraussetzung, daß der Fürst weiter der Vertreter des Staates, wenn auch in anderer Form, blieb, und wenn deshalb damals beispielsweise die preussischen Königschlösser, einschließlich des riesigen Berliner Schlosses, auf die private Vermögensverwaltung des Königshauses, auf die Kronverwalterkommission und in die Verwaltung des Haus-

ministeriums der Hohenzollernfamilie übergingen, so ist das selbstverständlich nur unter der heute sonstigen Voraussetzung geschehen, daß sie weiter der Repräsentation der Könige als Staatsvertreter dienlich blieben. Es besteht demnach ein historisch begründeter Rechtsanspruch des Volksstaates auf die sämtlichen älteren Kunstschöpfungen der früheren Fürstenhäuser, besonders, soweit sie eine höhere Kulturbedeutung besitzen. Freilich erwacht dem Staate mit der Uebernahme dieses bedeutenden Schatzes an Rational- und Kunstgütern die Pflicht ihrer Erhaltung und Pflege und ihrer möglichst weitherzigen Dienstbarmachung für die Öffentlichkeit. Nicht nur das Verständnis für Kunst und Kultur, sondern auch das praktische Bau- und Kunsthandwerk soll dadurch befördert werden. Zu diesen Zwecken ist es u. a. auch notwendig, daß alle Beschränkungen des Studiums, des Photographierens und Kopierens in den staatlich gewordenen Schlössern soweit wie irgend möglich aufgehoben, und daß vor allem keine privaten oder halbprivaten Monopole irgendwelcher Art die schmerzlichen Gelehrten, Künstler und Kunsthandwerker von der Mitarbeit an der Veröffentlichung dieses nationalen Kunstgutes ausschließen.

Wenn Meeresströmungen sich ändern.

In den weiten Gebieten der Ozeane vollziehen sich bisweilen Revolutionen, die wenig Beachtung finden, aber durch ihre Wirkungen große Katastrophen zur Folge haben können. Solche Umwälzungen treten ein, wenn die großen Ozeanströmungen ihre Wege verändern. Die Bewohner der Meere haben sich so vollkommen den natürlichen Bedingungen angepaßt, daß bei einer Aberration der Strömungen in den Tiefen die schwersten Schädigungen entstehen.

Ein Beispiel dafür hat sich kürzlich an der Westküste von Südamerika ereignet, wie ein englischer Meeresforscher ausführt. Dort fließt die sogenannte Humboldt-Strömung von der Antarktis her, während südlich vom Äquator eine warme Strömung, El Rino genannt, vorhanden ist, die sich südlich von Nordperu selten bemerkbar macht. Aber im Jahre 1891 und dann wieder 1923 schien die kältere Strömung plötzlich ihre Kraft zu verlieren, und El Rino nahm seinen Weg sehr viel weiter südlich. Für das Fisch- und Vogelleben bedeutet das Vernichtung und auch der Mensch selbst davon nicht unberührt. Die Fischerei an der chilenischen Küste war ergebnislos; merkwürdige tropische Fische drangen in die Küsten ein, aber da Chile nicht so sehr von den Erträgen des Meeres abhängig ist, war dieser Schaden weniger fühlbar als die Verheerung unter den Millionen von Guanovögeln, die auf den regenlosen Klippen leben. Unter diesen wurde der schwerste Schaden angerichtet. Tausende von toten Vögeln säumten die Küste ein; die hungernden Ueberlebenden, die infolge des Fischmangels ihre gewohnte Nahrung nicht finden konnten, starbten hilflos und verzweifelt in den Küsten herum. Die Verluste waren um so größer, weil die Aberration der Strömung mit der Brutzeit zusammenfiel, so daß die Eier und Jungen vielfach verfaulen wurden. Nur die Geier, die von den toten Tieren, schwelgten in Ueberfluß. Die Siedlungen dieser nützlichen Vögel dürften auf Jahre hin vernichtet sein. Die durch die wärmere Strömung hervorgerufenen Regen an dieser gewöhnlich trockenen Küste halfen das Unglück verewigen. Nach einer offiziellen Schätzung beläuft sich die Menge des Guano, die ins Meer gespült wurde, auf

35 000 Tonnen, abgesehen von dem Schaden, den die übrig bleibenden Vögel erlitten. Die Bitterung begünstigte das Erscheinen von Mollusken, die wieder eine Malariaepidemie zur Folge hatte. Selbst in den hoch über der Küste gelegenen Gebirgen wurden die Farmer und Viehzüchter durch Erscheinungen erschreckt, für die sie zunächst keine Erklärung hatten.

In unseren nördlichen Breiten sind solche Katastrophen, die das ganze Klima ändern und die Lebensbedingungen auf den Kopf stellen, nicht zu fürchten. Aber auch hier machen sich von Zeit zu Zeit Unregelmäßigkeiten der Strömung bemerkbar, die die arktische Küste von Nordwesteuropa fernhält. So muß im Jahre 1902 eine derartige Revolution in den nördlichen Meeren stattgefunden haben. Im folgenden Frühjahr, als der Kobekau an die Vostoteninseln zum Laichen kam, erlebten die norwegischen Fischer eines der schlechtesten Jahre, die sie je gehabt hatten. Die Fische erschienen spät, waren sehr klein und außerordentlich dünn, so daß wenig Bebertron gewonnen wurde. Grönländische Robben erschienen in den südlichen Fjorden und erreichten sogar die Schottlandsinseln, während an der russischen Murmanküste Angelen von toten verhungerten Wummen an die Rüste geschwemmt wurden.

Theaterkandal in Halle. Nachdem die Erstaufführung des „Frühlichen Weinberg“ am Sonnabend ruhig verliefen war, kam es in der Aufführung am Sonntag zu stürmischen Kundgebungen. Fast die ganze hallesehe Studentenschaft hatte sich eingefunden, um gegen Stellen des Werkes zu demonstrieren, die dazu angehen, „studentische Gepflogenheiten“ ins Prätorische zu ziehen. Fast eine Dreiviertelstunde lang mußte die Aufführung unterbrochen werden. Die Studenten sangen das Deutschlandlied, und die Kommunisten, die sich zu Gegenkundgebungen eingefunden hatten, antworteten mit der Internationale. Erst dem Ueberfallkommando gelang es, durch Entfernung einiger Demonstranten die Ruhe soweit wieder herzustellen, daß mit einigen Unterbrechungen die Vorstellung zu Ende gebracht werden konnte.

Labans Würzburger Arbeit. Rudolf von Laban reist für einige Wochen nach Amerika und beabsichtigt gelegentlich seines Aufenthaltes in den Vereinigten Staaten, die dortigen Einrichtungen von Körperbildungsschulen und Tanzstätten zu studieren. Der Aufbau der Akademie der Tanzkunst in Würzburg beginnt schon jetzt mit Sommerkursen im Naturpark der Akademie. Im Herbst sollen die ersten Reiterateliers eröffnet werden. Im Würzburger Stadttheater finden auf Einladung seines Leiters Heinrich K. Strahm noch vor Labans Amerikareise am 9. und 10. Mai Aufführungen des Städtischen Ballets „Don Juan“ unter Labans Regie und seiner persönlichen Mitwirkung in der Rolle als Don Juan statt.

Der Gedächtnisruf einer Driestlaube. Ein Fall von Gedächtnisruf ist ein Vogel, wie er bisher noch nicht festgestellt wurde, hat sich in England ereignet. Eine Driestlaube, die bei Warenes in Frankreich am 10. Juni 1922 verlor, ist nach einer Abwesenheit von 3 Jahren und 9 Monaten glücklich zu ihrem Besitzer J. B. Andrews in Galy zurückgekehrt.

Am die Verlängerung der Schulzeit. Auf dem Antrage der an der Bremer Ueberseehaus beteiligten Schulen, der für das nächste Jahr vorgezogen wird, wird die französische „Association littéraire et artistique“ die Verlängerung der Schulzeit an Werken der Literatur, der bildenden und der Tonkunst von 30 auf 50 Jahre beantragen.

Die Reichsbahn und Dr. Edmund Stinnes.

Endgültiger Kauf der Reichsbahn-Reklamegesellschaft?

Auf unsere am 21. April veröffentlichte Notiz, daß die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft den Erwerb der im Eigentum von Dr. Edmund Stinnes befindlichen Deutschen Eisenbahn-Reklamegesellschaft beabsichtigt, hat die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft am 22. April der Öffentlichkeit mitteilen lassen, daß von einem Kaufgeschäft nichts bekannt sei.

Nun wird uns von informierter Seite mitgeteilt, daß bei der Reichsbahn nach wie vor eine Kaufabsicht besteht, daß Verhandlungen geführt werden, und daß die Verhandlungen in den nächsten Tagen zum Abschluß gebracht werden sollen. Würde sich diese Mitteilung bestätigen, so müßte das Vorgehen der Reichsbahn das stärkste Bestreben hervorrufen.

Stinnes ist seit 1918 im Besitz der Deutschen Reichsbahn-Reklamegesellschaft. Er ist vertragsmäßig verpflichtet, 50 Proz. vom Bruttoumsatz an die Reichsbahn abzuführen. Bis zum Jahre 1924 hat die Reichsbahn trotz ihres Anspruchs auf eine vertragsmäßige Abgabe von rund 50 Proz. keine Zahlungen von Stinnes erhalten, mit Ausnahme eines Papiermillionenbetrages in der Zeit der höchsten Inflation, der nur eine lächerliche Dollarsumme wert war. Im Jahre 1925 hat die Reichsbahn den Vertrag gekündigt. Sie hätte wegen der Nichterfüllung der Vertragsverpflichtungen den Vertrag fristlos auflösen können. Sie hat aus Courtoisie gegenüber Stinnes den Vertrag nicht fristlos gelöst, nachdem Stinnes der Reichsbahn als Abgabe für 1925 eine Million Mark bezahlt hat, für die die Reichsbahn-Reklamegesellschaft eine Schuld bei der a. d. Hentdi-Bank eingegangen ist.

Die Reichsbahn will also jetzt einen Vertrag, den sie im vergangenen Jahre umsonst hätte zurücknehmen können, und der im Jahre 1935 automatisch kostenlos an sie zurückfällt um vier Millionen Mark kaufen, und zugleich die Schuld der Reichsbahn-Reklamegesellschaft in Höhe von einer Million Mark bei der a. d. Hentdi-Bank, die mit 15 Proz. verzinst ist, übernehmen. Käme der Verkauf zustande, so hätte Edmund Stinnes in die Gesellschaft keinen Pfennig hineingesteckt, aber von der Reichsbahn vier Millionen dafür erhalten, und obendrein noch die Einnahmen seit 1918 für sich gehabt, ohne der Reichsbahn einen Pfennig abzuführen.

Es soll weiter die Absicht bestehen, den Geschäftsführer der Reklamegesellschaft, der von Dr. Stinnes für den Fall des Verkaufs einen bemerkenswert günstigen Anstellungsvertrag erhalten hat, zu Bedingungen zu übernehmen, die ihm auf Lebenszeit das Einkommen des Generaldirektors der Reichsbahn stiftet.

Es fragt sich, ob der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft von diesen merkwürdigen Kaufabsichten unterrichtet ist, und welche Stellung er dazu nehmen will.

Pariser Bezirksparteitag.

Die Taktik der Partei.

Paris, 3. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die sozialistischen Verbände des Seinebezirks hatten am Sonntag ihre Vertreter für den Freitag in Clermont-Ferrand stattfindenden Parteitag zu bestimmen. Die Tagesordnung des Parteitags enthält neben der Erörterung der Stellung der Sozialistischen Partei zur Kolonialpolitik nur Probleme organisatorischer Art. Dennoch dürfte der größte Teil der Beratungen auch diesmal der allgemeinen Politik der Partei gelten. Dem Pariser Bezirksparteitag lagen drei Anträge vor. Einer, gezeichnet von Léon Blum, Braque, Zyromski und Genossen, spricht sich gegen jede Beteiligung der Sozialisten an einer bürgerlichen Regierung aus; ein Antrag Renaudel schlägt die entgegengesetzte Richtung vor und ein Antrag Maurin protestiert gegen die bisherige Haltung der Kammerfraktion, verweist sowohl eine Beteiligung an der Regierung wie ihre Unterstützung und schlägt eine engere Zusammenarbeit mit den Kommunisten vor. Léon Blum verteidigte die Politik der Fraktion gegenüber vielfacher Kritik. Er sprach sich für eine Politik aus, die weder eine unbedingte Unterstützung der Regierung noch eine systematische Opposition bedingt. Er schloß seine Ausführungen mit einem Aufruf zur Wahrung der Disziplin und Parteilichkeit. Die Entschlüsselungswürde wurden darauf einer Kommission überwiesen, der 18 Vertreter der Gruppe Blum-Braque, vier Vertreter der Gruppe Renaudel und ein Vertreter der Gruppe Maurin angehören. Diese Kommission soll in 14 Tagen über die vorliegenden Entschlüsselungen Bericht erstatten.

Was die Entente fördert.

Die madjarischen Rüstungen.

Von Duldung der im Trianon-Frieden verbotenen und die Nachbarstaaten bedrohenden madjarischen Geheimrüstungen durch die Entente kann man längst nicht sprechen; da die Ententeeregierungen sie kennen, fördern sie sie durch ihr Nichteingreifen. Und ein Kapitel dieser Rüstungen ist der Zwangsdienst in der „Revente“ nichts anderes als allgemeine Wehrpflicht. Wie es dabei zugeht, lehrt dieser Bericht:

Im Gemeinderat von Kecskemet wurde über die unerträglichen Lasten geklagt, die die Reventeorganisation der bäuerlichen Bevölkerung auferlegt. Ein gewesener Unterführer des Joan Hejjas und eine Stütze des ganzen Nordregimes in Kecskemet, der in der Zeit des burgenländischen Aufstandes die Kecskemeter Nordbrenner nach dem Burgenland führte, Josef Borbély, brachte die Angelegenheit zur Sprache. Dieser Mann ist gegenüber der Konterrevolution gewiß ein unvoreingenommener Zeuge, aber aus ihm spricht die Tatsache, daß diese Einführung der allgemeinen Dienstpflicht den Bauern doch nicht mündet. Er berichtet, daß die Bevölkerung 7 Jahre lang leventepflichtig ist und daß jährlich wenigstens 7 Arbeitstage durch die Übungen in Anspruch genommen werden. Wenn man noch in Betracht zieht, daß jeden Sonntag Leventeeübungen stattfinden, kommt man zu einer fast dreimonatigen Dienstzeit im Jahre. Er führte auch darüber Klage, daß die Gemeinden mit allen Mitteln dazu gezwungen werden, Uniformen für die Revente anzuschaffen, während die wirtschaftlichen Verhältnisse so schlecht sind, daß die Bauern für sich und ihre Kinder keine Kleider kaufen können. Der Vorsitzende der Gewerkschaftorganisation Siklosy klagte über die Mißhandlungen, die die Rekruten von den Reventestrukturen erdulden müssen. Der Obergruppenführer Stephan Hag erklärte demgegenüber, daß er jede Aufreizung gegen den Leventedienst mit den strengsten Mitteln niederschlagen werde, denn die Zukunft und die Wiederaufrichtung Ungarns sei mit dem Ausbau der Reventeorganisation verbunden und die Dienstpflicht in der Organisation gelegentlich selbstgelegt. Auch die Gemeinden würden mit gewissen Mitteln versehen werden, die finanziellen Mittel zur Ausbildung der Revente zur Verfügung zu stellen.

Die Reventeorganisation baut eine regelrechte Armee auf, die sich vollkommen in den Händen der Legitimisten befindet.

Konfektionsproletariat.

Frauen und Mädchen, die nicht hinter dem Verkaufstisch, dem Schreibpult oder der Nähmaschine festgenagelt sind, sondern einen Beruf ausüben, bei dem das rein Menschliche mit einer großen Rolle spielt, waren von jeder starken Anfechtung ausgeht. Man nimmt sie — wenn sie nicht eine wirkliche Position erreicht haben — nie recht für voll und jeder glaubt, an einen ihnen erwiesenen Dienst bestimmte Bedingungen knüpfen zu können. Nicht ganz mit Unrecht allerdings, denn es gibt bei diesen sogenannten freien Berufen naturgemäß sehr viele Elemente, die ohne jede berufliche Begabung und ohne jedes Können dastehen. Um sich überhaupt halten zu können, sind sie natürlich gezwungen, allerhand Konzessionen zu machen. Sie verdrängen also nicht bloß die beruflichen Kräfte, sondern schädigen und discreditierten den Beruf auf das allerschlimmste. Da sie ihre Unfähigkeit entsprechend minder bewerten, drücken sie auch auf die Löhne und Gehälter. Sie bereichern das ohnedies stark überlastete Kontingent der Arbeitslosen um ein beträchtliches und sind strupellos genug, sich noch überall vorzudrängen. Aus all diesen Gründen sind Frauen dieser Berufe meist rechtlos und gänzlich der Willkür ihrer Umgebung ausgeliefert. Während der künstlerische Beruf eine starke Persönlichkeit erfordert, und die gänzlich Unpersönlichen letzten Endes doch ausscheidet, gibt es Verdienstmöglichkeiten, die nichts von alledem beanspruchen, oft — wie dies bei der Filialkompariererei der Fall — bloß einen bestimmten Typ und häufig auch nicht mal den. Wehnlich verhält es sich bei den Vorfürhdamen in der Konfektion, die in der Hauptsache nur bestimmte körperliche Maße aufzuweisen brauchen. Zu all diesen Berufen drängen sich heute, durch die übergroße Erwerbslosigkeit, Frauen aus allen möglichen Klassen und Berufen. Solche, die vorher überhaupt nichts von Arbeit wußten, andere, die aus ihrem eigentlichen Beruf herausgerissen, jede Verdienstmöglichkeit wahrnehmen müssen und leider auch solche, die nur den Schein einer ausübenden Beschäftigung erwecken wollen. Es ist ein Menschenmarkt, wo grauestes Elend, stumpfe Verzweiflung und böses Laster Hand in Hand gehen. Ist es da ein Wunder, daß oft Ungehöriges verlangt wird? Die solche Bedingungen stellen, wissen nur allzu gut: Macht es die eine nicht, dann machen es zehn, hundert andere mit Freuden. Das soll anders werden und durch eine Organisation wird jetzt auch der Beruf der Vorfürhdamen sein moralisches Preisrecht empfangen.

Schulreform und Elternbeiratswahlen.

Infolge des tatkräftigen Wirkens sozialistischer Schul- und Kulturpolitiker wurde in den letzten Jahren trotz aller Gegenwirkungen der Reaktion das Schulwesen Groß-Berlins stärker in den Brennpunkt des Schulfortschritts gerückt. Scharf ein reformbegierter Lehrer Berlins sehnsüchtig nach Hamburg und Sachsen, so darf man heute, wenn man die Bewegung an diesen drei Stellen kennt, mit Recht von der pädagogischen Gleichberechtigung Berlins sprechen. Ohne den Schulbürgerkrieg des Abbaues unseres sozialistischen Oberstadtschulrates hätte Berlin längst die Führung ergriffen. Wien z. B. hat trotz aller finanziellen Mißerebnissen, was sozialistische Schulpolitiker leisten können.

Der Erfolg unserer Schulpolitik hängt sehr ab von der Unterstützung der Eltern aus der Arbeitnehmerschaft. Das ist eine Tatsache, die man im Hinblick auf die kommenden Elternbeiratswahlen doppelt unterstreichen muß. Leider hat es in der Arbeiterbevölkerung bisher an dem rechten Interesse für die Elternbeiratswahlen gefehlt. Das schlechte Ergebnis der letzten Elternbeiratswahlen hat aber auf die Kulturpolitik des Reiches außerordentlich hemmend gewirkt. Die Elternbeiräte müssen die Väter und Mütter darüber aufklären, wie auch hier eine günstigere Grundlage für die bessere Gestaltung der Zukunft unserer Kinder geschaffen werden kann. Es gilt in diesen Wochen Vorlesung zu treffen, daß wir an allen Schulen Groß-Berlins unsere Genossen in die Elternbeiräte bringen. Man darf annehmen, daß 75 Proz. aller Volksschulkinder sozialistisch oder kommunistisch wählende Eltern haben. Wir können an einer Schule nur dann keine Mehrheit im Elternbeirat erreichen, wenn unsere Eltern ihre Pflicht veräußern. Sache der stolzenbewußten Arbeiterklasse, vor allem auch der Frauen, ist es, schleunigt mit einer regen Propaganda im Hause, auf der Straße, in der Partei und den Gewerkschaften einzusetzen. Es handelt sich um das Wohl unserer Kinder! Die Arbeitnehmerschaft kann es sich nicht erlauben, auch nur eine einzige Wahl zu vernachlässigen. Reaktionäre Kreise zeigen die Möglichkeit, die Republik durch staatsfeindliche Erziehung zu gefährden. Da müssen wir die Republik und den sozialistischen Fortschritt dadurch zu sichern suchen, daß wir uns den Einfluß auf die Erziehung verschaffen, der unseren Klassen möglich ist. Man lerne vom Zentrum.

Jeder ernste Vater und jede sorgende Mutter müssen für ihr Kind eine andere Erziehung wünschen, als jene alte, die im Weltkrieg jämmerlich versagte. Schulreform will heute mehr als äußere Reorganisation des staatlichen Schulgebäudes. Sie will die Kinder nicht mehr als Untertanen, sondern als werdende Staatsbürger ins Leben führen. Mit Stolz bekennen wir uns zu unserer Partei zur Förderung der Arbeits- und Lebensschule. Jeder reformfreundige Lehrer müßte daher Anschluß bei uns suchen, wenn ihm am Sieg seiner Ideen liegt.

Hier öffnet sich unsern Elternbeiräten ein weites und reiches Arbeitsgebiet. Es gilt, an allen Schulen Berlins für uns die Mehrheit zu gewinnen und dann die zahlreichen Lehrer zu stützen und zu fördern, die heute die neue Schule erstreben. Der kommende Oberstadtschulrat kann, gestützt auf eine kampfbereite Elternschaft, unserer Stadt Berlin auf schulpolitischem Gebiet die Geltung verschaffen, die ihr gebührt. Werwendet in den nächsten Wochen alle Kräfte auf die Vorbereitung der Elternbeiratswahl. Die Elternbeiratswahl muß eine Mehrheit für den Schulfortschritt bringen.

Der Kampf um die weltliche Schule.

In Charlottenburg hat der fortschrittlich gestimmte Teil der Elternschaft zu Ostern d. J. gegen die Mächte der Reaktion seinen Kindern eine weltliche Schule erkämpft. Jene Eltern haben bewiesen, daß auch im Westen weltliche Schulen möglich sind, wenn nur die Elternschaft ihre verantwortliche Aufgabe erkennt. Jetzt müssen auch in den übrigen westlichen und südwestlichen Bezirken weltliche Schulen entstehen. Wenn genügend Unterschriften von Eltern schulpflichtiger Kinder vorhanden sind, kann ein Antrag an die Behörde eingereicht und die Errichtung weltlicher Schulen verlangt werden. Ein Kreis von Eltern hat sich bereits zusammengefunden, um den Kampf aufzunehmen. Alle Gefinnungsfreunde werden dringend ersucht, ihre Anschriften an eine der nachfolgenden Adressen einzureichen: Herrn Ch. Riech, Berlin-Schöneberg, Warburgstr. 37; Herrn Schmidt, Berlin W., Bülowstr. 101; Frau D. Eschbach, Berlin-Schöneberg, Lorgauer Straße 10; Frau H. Roeder, Berlin-Schöneberg, Hauptstr. 97. Zur Unterstützung des Bestrebens, für die südwestlichen Bezirke eine weltliche Schule zu schaffen, findet am 4. Mai ein Vortrag des Genossen Rektor Jensen, Neußölln, abends 7½ Uhr, in der Aula der Hohenzollern-Schule, Böhlgig, Ecke Eisenacher Straße, statt. Thema: „Beschleunigung des Kindes durch die weltliche Schule“. Arbeitereltern, beachtet zahlreich diese Veranstaltung!

Gräfin Böhmer geblieben. Auf dem Landgericht Potsdam fand heute der Ehecheidungsprozeß des Regierungsrats Graf Böhmer gegen seine Gattin statt. Die Ehe wurde geschieden und die Gräfin

als allein schuldiger Teil erklärt. Im übrigen ist noch zu bemerken, daß das Reichsgericht die Revision der Gräfin über das Urteil vom 23. Dezember v. J. verworfen hat. Danach muß die Gräfin in dem ersten Prozeß die Strafe von vier Monaten verbüßen. Im zweiten Prozeß ist das Urteil noch nicht rechtskräftig.

Prähistorische Funde in Brit.

In der Nähe des Stübenauftrages, auf dem Gelände des alten Rittergutes in Brit führt die Deutsche Bauhütte im Auftrag der „Geog.“ eine Großsiedlung für circa 1000 Wohnungen auf. Am 15. April förderte dort die Baggermaschine ein menschliches Skelett zum Vorschein, das von der Kriminalpolizei sofort beschlagnahmt wurde. Noch am gleichen Tage fand man weitere zwei Skelette. Bis heute sind im Ganzen 8 Skelette gefunden worden, die nach den bisherigen noch nicht abgeschlossenen wissenschaftlichen Befunden aus vorgeschichtlicher Zeit stammen, doch läßt sich jetzt darüber noch kein abschließendes Urteil fällen. Bei den täglich angestellten Forschungen und Grabungen, die durch den Bagger erschwert werden, ist man im Umkreis von zwölf Metern — getrennt von den Skelettfunden — auf eine ehemalige Siedlung, jedoch scheinbar aus etwas späterer Zeit, gestoßen. Man entdeckte eine sogenannte „Feuerstätte“ mit zahlreichen Scherben, teilweise aus prähistorischer, teilweise aus dem Übergang der frühmittelalterlichen Zeit. Bei einem Skelett fanden sich zwei Messer aus der frühen Eiszeit vor. Interessant für die Erdbebung ist die Tatsache, daß die Funde nur 60 Zentimeter unter dem Boden sich befanden. Die Ausgrabungsarbeiten stehen unter der Leitung des Direktors der vorgehensmäßigen Abteilung des Märkischen Museums Dr. Rieckebusch.

Eine jugoslawische Ausstellung.

Zu Beginn der Reisezeit meldet sich auch Jugoslawien als Reiseziel und veranstaltet zu diesem Zweck die Touristische Sektion des jugoslawischen Handelsministeriums in den Räumen des Kunstgewerbe-Museums, Prinz-Albrecht-Straße 7 (Licht- Hof) eine Ausstellung von Bildern, photographischen Aufnahmen und Landeserzeugnissen auf dem Gebiete der Volkstrachten, sowie der Teppichweberei, um das Publikum auf die landschaftlichen, historischen und kulturellen Schönheiten ihres Landes aufmerksam zu machen. Das Land Jugoslawien umfaßt die ehemals österreichischen Kronländer Krain, Kroatien, Slavonien, ferner Dalmatien, Serbien, Bosnien und die Herzegowina und bietet als Küstenlandschaft durch mächtige Gebirgszetteilen (Alpen und Karstgebirge) mannigfaltige Naturschönheiten. Auch vom historischen Standpunkt betrachtet, besitzt es viele wirklich interessante Gebiete. Mit Rücksicht auf den starken Tiefstand der Baluta (1 Mark = 14 Dinar) wird eine Reise nach dortin nicht allzu kostspielig werden; es kostet z. B. die Reise München—Ljubljana 3. Kl. 9,20 M., 2. Kl. 14,80 M. Außerdem genießt jeder Reisende innerhalb Jugoslawiens 50 Proz. Fahrtermäßigung. Im Beisein sämtlicher Vertreter der jugoslawischen Behörde fand gestern nachmittag die Eröffnung der Ausstellung durch Delegationsrat Michailowitsch statt, der in kurzer Rede den Anwesenden seine Heimat zum Besuche anempfahl. Er versicherte, daß alles getan würde, den Reisenden ihren Aufenthalt so angenehm wie möglich zu gestalten.

Die verpönten Reichsfarben.

Aus Anlaß des Besuchs der amerikanischen Hotelbesitzer in Berlin haben sich die Berliner Hotels geschlossen neue amerikanische Fahnen angeschafft. Selbst kleine Hotels zeigen indessen ein kleines Sternendanner, die großen fügen noch eine Berliner und eine preußische Fahne hinzu, und Adlon und Continental führen sogar eigene Hotelflaggen, aber nirgends sind auf den Hotels im Zentrum der Stadt die Reichsfarben zu sehen. Nur das Grise-Hotel in der Königgrüßer Straße zeigt Schwarz-Rot-Gold, daneben aber, um einen Ausgleich zu schaffen, Schwarz-Weiß-Rot, man muß es eben allen gerecht machen. Das Fehlen der Reichsfarben, die doch unbedingt das Gegenstück zum Sternendanner bilden müssen, scheint auf absichtlicher Sabotage zu beruhen. Wir erinnern daran, daß ehemals die Berliner Hoteliers den Beschluß fassten, die Reichsfarben nie zu führen. Das traurige ist nur, daß den Hotelbesitzern anscheinend jedes Gefühl für das Lächerliche ihres Vorgehens abgeht. Sie sind international genug, die Flagge der großen amerikanischen Republik zu hissen und zu engbergig, die Flagge ihres eigenen Landes zu zeigen. Glauben sie wirklich dadurch in der Achtung der Amerikaner zu steigen? Sicherlich wird ihr Vorgehen bei ihren eigenen Gästen das größte Bestreben erregen.

Der reisende Konsumladen.

Die Ausbreitung des Mitgliederkreises der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung hat den Vorstand veranlaßt, die Verkaufsstellen immer weiter in die Vororte hinauszuschieben. Aber alle Vororte hat nicht vermocht, den Warenbedarf aller Mitglieder zu befriedigen. Um auch an „ganzweil draußen“ Wohnenden heranzukommen, ist nunmehr von der Konsumgenossenschaft ein fahrbarer Laden gebaut worden, der die amtliche Bezeichnung „Wanderabgabestelle“ führt und besonders die in den Siedlungen wohnenden Mitglieder und die Baubankkolonisten beliefern soll. Das Auto ist ganz als Verkaufsgeschäft ausgestattet, hat einen Chauffeur, einen Vogerhalter und eine Verkäuferin an Bord und wird am Dienstag seine Jungfernfahrt antreten. Von dem Umfange und der Aufnahme bei den Mitgliedern hängt die Unternehmenseinrichtung weiterer Wanderabgabestellen ab.

„Schleier“, der Hülm des wertvollen Volkes, läuft bis Donnerstag, den 6. Mai, in den „Elite-Vischspielen des Südkens“, Baumstr. 6.

Schwerer Autounfall.

8 Personen schwer, 24 leicht verletzt.

Sonntag früh gegen 1/5 Uhr ereignete sich nach einer Meldung aus Frankfurt a. d. O. auf der Chaussee Spieglberg—Korritzen ein schwerer Autounfall. Ein mit 60 Angehörigen der kommunistischen Partei besetztes Lastauto fuhr gegen einen Chausseeprallstein und kippte um. Dabei wurden 8 Personen schwer und 24 weitere leicht verletzt. Sofort herbeigerufene Ärzte leisteten die erste Hilfe. Die Schwerverletzten wurden mit der Bahn in das Frankfurter Krankenhaus gebracht, wo man ihnen die erste Hilfe angebeihen ließ. Ueber die Ursache des Unglücks ist noch nichts genaueres bekannt.

Der neue Kampf um den Nordpol.

Die beiden Flugzeuge des amerikanischen Vorküsters Byrd wurden am Sonntag in Kings Bay auf Spitzbergen unter großen Schwierigkeiten an Land gebracht. Auf dem Startplatz liegt zwei Meter hoher Schnee. — Umwandlung Luftschiff „Norge“ sollte gestern nach Badsøe in Norwegen abfliegen, wegen des starken Windes wurde jedoch die Abfahrt auf heute verschoben. Die Expedition bezieht sich um so mehr, als der Amerikaner Byrd mit seinem Flugzeug bereits in Spitzbergen eingetroffen ist und günstige Witterungsverhältnisse für die nächsten Tage in Nordrußland eine Befestigung der Abfahrt erleichtern.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

1. Kreis Mitte. Die 18. Division, den 4. Mai, ansehnlich erweitertes Arbeiterhandwerkamt nicht bei Schachau, sondern bei Hahneberg, Kd. 1, hat die Arbeiterpolitik müssen sofort alle Verhandlungen zur Vertiefung der Beschleunigungsmaßnahmen treffen. Übergabe der Einbürgerungswahlberechtigung bei Schachau.
14. Kreis Westfalen. Freitag, den 4. Mai abends 7½ Uhr in den Volkshaus, Vortrag: 1. Arbeiterhandwerkamtvermittlung. Vortrag: Der Arbeiterhandwerkamt und die Arbeiterbewegung. Referent: Dr. Paul Berg. Alle Mitglieder haben Zutritt.
16. Kreis Ostpreußen. Freitag, den 4. Mai abends 7½ Uhr in den Volkshaus, Vortrag: 1. Arbeiterhandwerkamtvermittlung. Vortrag: Der Arbeiterhandwerkamt und die Arbeiterbewegung. Referent: Dr. Paul Berg. Alle Mitglieder haben Zutritt.

